

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Nein zum Stellenabbau bei der Justiz

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg spricht sich gegen die vom Justizminister angekündigten Stellenkürzungen im Justizbereich durch Kürzungen bei Richter- und Staatsanwaltsstellen aus.
2. Der Landtag Brandenburg fordert eine verlässliche Verstetigung des Justizpersonals.

Begründung:

Weniger Richter, weniger Staatsanwälte - Brandenburg plant in den kommenden Jahren im Justizbereich erhebliche Stellenkürzungen. Das war die Schlagzeile, die Bürger, Wirtschaft, Polizei und Justiz vor 3 Wochen aufschreckte. Nicht nur der Richterbund Brandenburg wehrt sich dagegen. Doch das Justiz-Ministerium verweist auf sinkende Klagezahlen und zuletzt verkürzte Bearbeitungszeiten. Brandenburgs Justizministerium hat die Kritik an den geplanten Stellenkürzungen zurückgewiesen. Die Justiz müsse „ihren Beitrag“ leisten. Die „sogenannte“ Personalbedarfsplanung des Justiz-Ministeriums sehe vor, die aktuelle Stellenzahl reduzieren, hieß es. **Von 639 Richtern sollen nur 587 bleiben.** Hintergrund des Stellenabbaus seien „eher rückläufige Verfahrenseingangszahlen bei den Gerichten“, so das Justizministerium. Der Vorsitzende des Richterbundes hatte in Reaktion auf die Kürzungspläne von einer „Demontage des Rechtsstaates“ gesprochen.

Die Pläne des Landesministeriums sehen vor, die Zahl der Staatsanwälte in Brandenburg von derzeit 270 auf 239 bis Ende 2018 zu reduzieren (**minus zwölf Prozent**). Bei den Richtern in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Sozialgerichten sollen von heute 639 bis Ende 2018 lediglich 587 Richter übrig bleiben, also eine **Stellenkürzung von gut acht Prozent**. Derzeit gibt es in Brandenburg 132 Sozialrichter und 507 Richter in den anderen Kammern.

In Reaktion auf die Kritik aus der Opposition, durch den geplanten Stellenabbau würden sich die Verfahrenszeiten im Land weiter erhöhen, verwies das Justiz-Ministerium auf die zuletzt gesunkenen Bearbeitungszeiten: „Während 2007 die durchschnittliche Verfahrensdauer erledigter **Klageverfahren 35 Monate** betrug, konnte im Jahr 2014 eine durchschnittliche Verfahrensdauer von immer **noch 15,8 Monaten** verzeichnet werden.“

Unterstützt wird der Richterbund in seiner Kritik vom Bund Brandenburger Staatsanwälte. Der Verbandssprecher sagte der Märkischen Allgemeinen, der Stellenabbau mache den aktuell anstehenden Generationswechsel in den Staatsanwaltschaften noch schwieriger: „60 Prozent der Staatsanwälte gehen in den nächsten Jahren in Pension.“ Hier müsse Nachwuchs geholt und eingearbeitet werden statt die Reihen der Ankläger weiter auszulichten. (Quelle RBB 8.4.2015)

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe